

Hoffnung reicht nicht – **JETZT IST ANPACKEN ANGESAGT**

Es herrscht Ratlosigkeit. Nachdem der Bundesrat Ende Mai 2021 die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der Europäischen Union (EU) abgebrochen hat, liegt die Beziehung zu unserem wichtigsten Handelspartner quasi auf Eis. Daran hat auch der kürzliche Besuch von Aussenminister Ignazio Cassis in Brüssel nichts geändert. Und selbst die Freigabe der Kohäsionsmilliarde durch das Parlament hat kurzfristig nicht zur Verbesserung der unterkühlten Stimmung beigetragen. Aber immer noch weigern sich viele Schweizer Politikerinnen und Politiker beharrlich, diese Realität zu sehen.

Im November 2020 verschickte das Finanzministerium dieses Landes erste Forderungen an grosse Internetkonzerne auf Grundlage der 2019 eingeführten Digitalsteuer.





Damian Müller,
Ständerat Kanton Luzern

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat bereits deutliche Worte gefunden: «Was wir jetzt bei den Medizinalprodukten sehen, das droht uns später auch beim Maschinenbau, also bei wirklichen Kernbranchen. Es ist ein tiefer Einschnitt, der nicht gut ist für die wirtschaftlichen Beziehung zwischen der Schweiz und uns.» Kretschmanns Bundesland ist unser wichtigster Kunde. Über ein Drittel der Schweizer Exporte nach Deutschland geht in diese Grenzregion. Das ist mehr, als wir nach China oder Japan liefern. Mit seinen Worten straft Kretschmann all jene Lügen, die, wie der frühere Preisüberwacher und SP-Nationalrat Rudolf Strahm, die vorhergesagten negativen Folgen des Verhandlungsabbruchs als ein «Lehrstück für Meinungsmanipulation und Stimmungsmanagement» abtaten.

MASSNAHMEN SIND SPÜRBAR

Nun kann man sich über «diskriminierende Massnahmen» seitens der EU beklagen und jammern. Darüber, dass sich Schweizer Forschende zwar im Rahmen von «Horizon Europe» für Projekte bewerben können, aber die Finanzierung über EU-Steuer Gelder derzeit wegfällt. Oder dass wir bei «Erasmus plus» nicht mehr dabei sind. Und dass im Strombereich die Schweiz an verschiedenen Handelsplattformen im Strombinnenmarkt der EU nicht teilnehmen kann. Wenn heute all das suspendiert ist, liegt das einzig und allein an unserem Bundesrat, der die Verhandlungen einseitig beendet hat. Dass damit das gegenseitige Vertrauen nicht gerade gestärkt wurde, ist wenig überraschend. Wenn sich nun die EU auf den Standpunkt stellt, quasi «Dienst nach Vorschrift» zu leisten und in keinem Punkt mehr über das hinauszugehen, was nicht definitiv vereinbart ist, kann man ihr das nicht verübeln. Zumal sie schon jahrelang vor einem solchen Zustand gewarnt hat. Denn für die EU ist eines klar: Sie kann die Schweiz nicht besser behandeln als die eigenen Mitgliedsländer.

Statt nun aber auf stur zu schalten, täten wir gut daran, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass die Zeit des «pick and choose» vorbei ist und dass alle, die am Binnenmarkt teilnehmen wollen, die gleichen Regeln zu akzeptieren haben. Genau das ist die Botschaft, die alle erhalten haben, die in den letzten Monaten mit ranghohen Vertretern der Brüsseler Administration gesprochen haben.

SCHRITT FÜR SCHRITT

Es ist also dringend nötig, ein Konzept zu entwickeln, wie die für uns nach wie vor offenen Fragen beantwortet werden sollen. Dass das Parlament die Kohäsionsmilliarde bewilligt hat, ist ein erster Schritt. Aber diesem Schritt müssen jetzt weitere folgen, und zwar bald. Vor allem muss der Bundesrat endlich einen Plan vorlegen. Wenn wir uns die Bilateralen als Königsweg im Verhältnis mit der EU erhalten wollen, ist Hoffnung allein ein schlechter Ratgeber. Der Gesamtbundesrat muss aus seiner Ratlosigkeit herausfinden und in die Offensive gehen. Jedes Departement sollte nun seine Anliegen, seine heissen Dossiers mit der EU auf den Tisch legen. Dann muss der Gesamtbundesrat eine Strategie erarbeiten. Klar ist: Die institutionelle Frage – also die Frage nach der Streitbeilegung – muss gelöst werden. Leicht wird das sicher nicht. Wir werden Kompromisse machen müssen. Umso mehr gilt es jetzt, anzupacken und für unsere Anliegen einzustehen. Unser Land braucht einen möglichst hindernisfreien Zugang zum europäischen Markt. Besser heute als morgen! ◇